

4

Am Mittwochabend trafen sich zwei Familien eines Paares im niedersächsischen **Adelebsen**, um deren Beziehungskrise zu klären.

Die **albanische Familie der Frau** war dafür extra aus dem Ausland angereist. Die „klärenden“ Gespräche in einer Gaststätte verliefen wohl nicht ganz nach Wunsch der Familienmitglieder. Auf der Straße vor dem Lokal eskalierte die Auseinandersetzung dann. Die Mitglieder der Familien im Alter zwischen 21 und 53 Jahren gingen mit **Eisenstangen** und **Wagenhebern** brutal aufeinander los, berichtet die Hannoversche Allgemeine.

Fünf Einsatzstreifen waren nötig, um die blutige Gewaltorgie zu beenden, acht Personen wurden ins Krankenhaus eingeliefert und Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung eingeleitet.

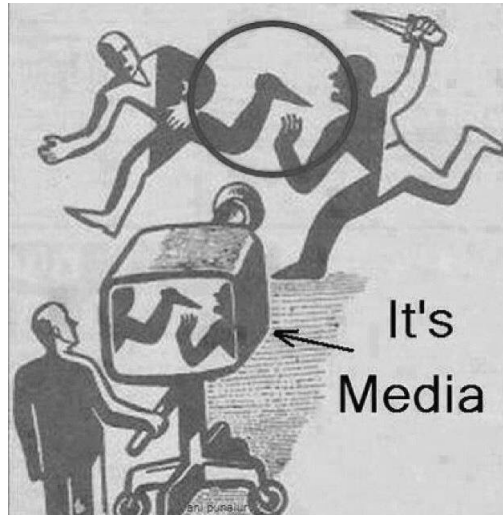


5

Am Mittwoch gegen 14.30 war die Polizei zum Flüchtlingswohnheim an der Petit-Couronne-Straße in **Hannover-Ahlem** gerufen worden.

Zwei in Deutschland „nach Frieden suchende Flüchtlinge“ hatten einen Streit ausgetragen, bei dem der eine offenbar versuchte, seinen Argumenten mit Hilfe eines Messers Nachdruck zu verleihen und seinen Kontrahenten attackierte. Polizei, Rettung, Notarzt, Krankenhaus, Sozialarbeiter und Therapeuten, davor und danach Rundumverpflegung.

Bunte Vielfalt zu Lasten des deutschen Steuerzahlers.



Bleiben Sie wach und machen Sie sich Ihr eigenes Bild!

www.pi-news.net

Solange ihr Bewusstsein nicht **erwacht, werden sie niemals rebellieren**

George Orwell

Es gibt keine Zensur in den Öffentlich-Rechtlichen Medien in Deutschland!?

Glauben Sie, dass über Themen, die für unser Land, die Zukunft unserer Kinder von höchster Bedeutung sind, in Ihrer Zeitung, im Radio oder im Fernsehen ausreichend und unverfälscht berichtet wird?

Wenn Sie Zweifel haben und den Kopf nicht in den Sand stecken vor den Wahrheiten, die uns alle angehen und die wir jetzt schon, doch noch viel mehr in naher Zukunft zu spüren bekommen, dann informieren Sie sich:

Was haben Sie über diese Nachrichten dieser Woche im Fernsehen, Radio oder Ihrer Zeitung gehört?

Machen Sie sich Ihr eigenes Bild!

- ① Der Staat bezahlt mit **sechststelligen** Summen Anti-Pegidademos!



Wie die Antwort von Dresdens Bürgermeisterin Helma Orosz (CDU, Foto 1.) auf eine schriftliche Anfrage der AfD-Fraktion ergab, kostete die Kundgebung "Für Dresden, für Sachsen – für Weltoffenheit, Mitmenschlichkeit und Dialog im Miteinander" am 10. Januar 2015 auf dem Neumarkt mit Roland Kaiser als "Stargast" den Freistaat Sachsen insgesamt **105.496,68 Euro**. Die Landeshauptstadt Dresden hat davon pauschal 30.000 Euro übernommen, die aus dem Budget der Oberbürgermeisterin gezahlt wurden.

Menschen gehen auf die Straße um ihrem Unmut über die Mißstände in unserem Land friedlich Ausdruck zu geben und der Staat finanziert Gegendemos, mit Steuergeldern, die wir alle erarbeiten!

②

In der brandenburgische Stadt Königs Wusterhausen, in Niederlehme, genauer gesagt im Ortsteil Ziegenhals (einem zu Königs Wusterhausen gehörenden **700 Seelen-Dorf**), soll **direkt neben der Grundschule** in der Schulstraße ein Flüchtlingsheim für **400 Flüchtlinge aus Nigeria** eröffnet werden.

Das Gebäude muss noch komplett saniert werden, während der Kindergarten in direkter Nachbarschaft noch den Putz aus DDR-Zeiten trägt. Die Kinder der Flüchtlinge sollen in den Dorfkindergarten gehen, obwohl jetzt schon nicht genügend Plätze für die deutschen Kinder und nicht genügend Erzieher vorhanden sind.

Zur Infoveranstaltung durfte man nur auf Einladung und unter Vorlage des Personalausweises, wobei auch nicht alle Einwohner von Ziegenhals kommen durften, sondern nur vorher ausgewählte.



Wobei sich die Frage stellt: Seit wann kommen aus Afrika Frauen und Kinder? Es sind meist junge Männer, die illegal nach Deutschland geschleust werden.

③

Der Berliner Senat will sich künftig stärker um die Sorgen von islamischen Straftätern kümmern. Dazu wurde ein „**Beirat für die religiöse Betreuung muslimischer Gefangener**“ gegründet.

„Unser Anspruch ist es, die religiöse Betreuung für muslimische Gefangene weiter zu verbessern. Neben den Imamen, die ja bereits seit mehreren Jahren in den Anstalten tätig sind, und dem Freitagsgebet in Tegel ist der Beirat eine weitere wichtige Säule, um das Angebot zu verstetigen und kontinuierlich auszubauen“, sagte Justizsenator Thomas Heilmann (CDU).

Überproportional viele Moslems sitzen im Gefängnis

Dem Gremium werden unter anderem Vertreter der islamischen Verbände und Gemeinden in Berlin, des „Runden Tisches für ausländische Inhaftierte“, des Berliner Islamforums und der Berliner Justizvollzugsanstalten angehören. „Der Beirat ist eine echte und wichtige Bereicherung. Er hilft, unsere bisherigen Angebote in eine strukturiertere Form zu bringen“, lobte Heilmann.

Während Moslems etwa sieben Prozent der Berliner Bevölkerung stellen, sind es in den Haftanstalten mit etwa 15 bis 20 Prozent dreimal so viele, schätzt die Senatsverwaltung für Justiz. (Ho)

Sie kommen in unser Land, nisten sich in die sozialen Systeme ein, überziehen das Land und die Bevölkerung mit Kriminalität, mancher wird sogar verurteilt und inhaftiert...und dort werden sie dann auch noch vom Staat und "Beiräten" gehätschelt und umsorgt!

Sollen wir mal raten, wer das alles finanziert?